

Kultur, Gesellschaft & Wissen

So hat die Erdöllobby den Schweizer Klimaschutz verzögert

Energiewende Laut einer Genfer Studie nutzte Avenergy Suisse die gleichen Blockadestrategien wie früher die Tabakindustrie. Der Chef des Wirtschaftsverbands hingegen sieht «Voreingenommenheit» beim Studiendesign.

Joachim Laukenmann

Eine Studie der Universität Genf zeigt erstmals im Detail, wie Avenergy Suisse, der Verband der Erdölimporteure, mit Greenwashing und politischer Einflussnahme gegen ambitionierte Klimapolitik lobbyiert hat.

«Die Strategie von Avenergy fokussierte sich in erster Linie auf die Verzögerung von Klimaschutz», sagt der leitende Autor John Rose, der die Studie zusammen mit Kari De Pryck von der Universität Genf verfasst hat. «Daneben hat der Verband in geringerem Umfang auch Formen der Leugnung und Verharmlosung des menschengemachten Klimawandels angewandt, zum Beispiel mit den Behauptungen, es gebe mehrere Ursachen für den Klimawandel, die wissenschaftlichen Erkenntnisse seien noch nicht abschliessend geklärt oder CO₂ sei gut für den Planeten.»

Über die ganze Untersuchungsperiode von 1990 bis 2023 hat Avenergy laut Rose zudem versucht, die Erdölindustrie als glaubwürdigen und legitimen Akteur der Energiewende zu positionieren – um so von deren Verantwortung für die Erderwärmung abzulenken.

Der Branchenverband habe ihm genehme Aspekte der Energiewende wie synthetische Treibstoffe und Wasserstoff gefördert, aber andere wie Elektroautos diskreditiert, etwa mit dem Verweis auf Kinderarbeit in Kobaltminen. «Solche Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen des Abbaus kritischer Mineralien auf die Umwelt und die Menschenrechte sind durchaus legitim und verdienen ernsthafte Beachtung», sagt Rose, der die Universität Genf mittlerweile verlassen hat, um eine Doktorarbeit an der Universität Lausanne zu beginnen. «Das Problem besteht darin, dass solche Argumente selektiv instrumentalisiert werden, um klimapolitische Massnahmen zu untergraben.»

Leugnen, Hinauszögern, Ablenken und Verleumden

Aus Sicht von Thomas Stocker, emeritierter Klimaforscher der Universität Bern und ehemaliger Co-Vorsitzender einer Arbeitsgruppe beim Weltklimarat IPCC, ist die Studie «äusserst relevant, weil sie zeigt, wie systematisch Klimaschutz in der Schweiz politisch bekämpft wird. Die Studie belegt, dass diese Kampagnen seit über 30 Jahren auf denselben Narrativen und Lügen basieren, die hauptsächlich von US-Thinktanks verbreitet werden.»

Die wichtigste Erkenntnis aus der Studie ist laut Stocker, wie konsequent in der Schweiz alle vier Verzögerungsstrategien genutzt wurden: Leugnen, Hinauszögern, Ablenken und Verleumden. Es sind die gleichen Taktiken, wie sie zum Beispiel die Tabakindustrie angewandt hat, um das Krebsrisiko des Rauchens zu verharmlosen.

Die Studie identifiziert auch längerfristige Strategien. «Dazu gehört beispielsweise Greenwashing», sagt Studienautor



Die Schweizer Mineralölbranche gerät mit ihrer Kommunikation zur Klimapolitik in den Fokus der Forschung. Foto: Keystone

Rose. So wurde Avenergy von der Schweizerischen Lauterkeitskommission 2007 und erneut 2016 wegen Greenwashing sanktioniert. «Diese Sanktionen betrafen Werbeanzeigen, in denen Avenergy Heizöl als klimafreundlich bewarb», heisst es in der Studie. Auch die Umbenennung von «Erdöl-Vereinigung» zu «Avenergy» im Jahr 2019 bewertet die Studie als Greenwashing, da trotz des neuen, positiv klingenden Namens keine substanzielle Änderung in der Kommunikationsstrategie stattgefunden habe.

Zudem legt die Studie das Netzwerk offen, in dem der Erdölverband agiert hat. «Die Verbindungen von Avenergy zu Swissoil, dem Dachverband der Brennstoffhändler, zu Ecomiesuisse, der SVP und anderen Organisationen wie Auto Schweiz lassen sich am besten als Teil eines umfassenden Netzwerks von Akteuren mit sich überschneidenden wirtschaftlichen und ideologischen Interessen verstehen», sagt Rose. Als wohlbekanntes Beispiel für die Nähe zwischen Politik und Industrie nennt die Studie Bundesrat Albert Rösti, der als Nationalrat zunächst Präsident von Swissoil und dann von Auto Schweiz war.

Die Forschenden analysierten für ihre Studie 147 Publikationen von Avenergy und elf Internetseiten über mehr als drei Jahrzehnte. «Die Studie überzeugt als sorgfältig ausgearbeitete Fallstudie, die methodisch transparent und theoretisch gut verankert ist», sagt Bernhard Forcht-

ner, Professor an der Universität Leicester und Co-Autor des Buches «Climate Obstruction: How Denial, Delay and Inaction Are Heating the Planet». Als grundsätzlich wichtig und aussagekräftig hält Forchtner die langfristige Untersuchung über mehr als 30 Jahre.

Nicht alles lässt sich wissenschaftlich beziffern

Die Studie habe aber auch gewisse Einschränkungen. Zum Beispiel handelt es sich laut Forchtner um eine qualitative Analyse, nicht um eine genaue quantitative Erfassung, welche Verzögerungsstrategien wie häufig in welchem Fall zum Einsatz ka-



«Die Studie ist äusserst relevant, weil sie zeigt, wie systematisch Klimaschutz in der Schweiz politisch bekämpft wird.»

Thomas Stocker
Emeritierter Klimaforscher

men. «Dies wird in der Studie aber offengelegt und begründet.»

Thomas Stocker hätte es begrüsst, wenn in der Studie nicht nur Publikationen und Websites untersucht worden wären, sondern auch Auftritte in den sozialen Medien: «Das war vor allem in den letzten zehn Jahren relevant.»

Stocker fehlt auch eine Analyse, welche Politikerinnen und Politiker die Kommunikation von Avenergy übernommen haben. Ein Beispiel dafür findet sich in einem jüngst von dieser Redaktion publizierten Streitgespräch von SVP-Nationalrat Mike Egger mit Magdalena Erni, Co-Präsidentin der Jungen Grünen. «China stösst an zwei Tagen so viel CO₂ aus wie die Schweiz im ganzen Jahr», sagt Egger im Gespräch. Das ist eine Variante des von Avenergy verbreiteten Arguments, die Schweiz trage nur 0,1 Prozent zu den globalen Emissionen bei und sei für den globalen Klimaschutz unbedeutend.

Klimaforscher Reto Knutti von der ETH Zürich hat schon mehrfach die Schwäche dieses Arguments betont. Denn nach dieser Logik müsste er keine Steuern zahlen, schliesslich würden diese nicht nennenswert zu den gesamten Steuereinnahmen der Schweiz beitragen. «Die Klimakrise ist eine globale Krise, wir können sie nur gemeinsam abwenden», sagt Knutti in einem Interview mit dieser Redaktion.

Wie stark die Lobbyarbeit von Avenergy den Klimaschutz gebremst hat, quantifiziert die Studie nicht, sieht aber Belege für ei-

nen substanziellen Einfluss. «Das erste Beispiel ist die Klimarappeninitiative aus den frühen 2000er-Jahren, mit der ein freiwilliges politisches Instrument etabliert wurde, um eine gesetzliche CO₂-Abgabe auf Treibstoffe zu verhindern», sagt Rose. «Das zweite Beispiel ist die Kampagne gegen die Revision des CO₂-Gesetzes 2021, bei der Avenergy eine führende Rolle in der Koalition gegen die Gesetzesvorlage spielte.»

Mit der Studie konfrontiert, verteidigt Olivier Fantino, Geschäftsführer von Avenergy Suisse, das Vorgehen des Verbands und verweist auf den gesetzlichen Auftrag, die Versorgung der Schweiz mit flüssigen Energieträgern sicherzustellen. In diesem Sinne habe Avenergy Verbote und Einschränkungen stets abgelehnt. «Stattdessen setzt sich Avenergy Suisse seit jeher für technische Lösungen zum Erreichen der Klimaziele ein, namentlich mit der Förderung der Wasserstoffmobilität, E-Fuels und Bio-Treib- und -Brennstoffen», sagt Fantino. Sämtliche Stellungnahmen des Verbands seien öffentlich zugänglich und transparent. Es zeuge von Unkenntnis der direktdemokratischen Tradition, das als «aktive Behinderung» oder «Verzögerungstaktik» zu bezeichnen.

Ausserdem Sorge Avenergy mit dem Engagement im Rahmen der Stiftung Klik (vorher Stiftung Klimarappen) dafür, dass Gelder für den Klimaschutz dort zum Einsatz kämen, wo pro Franken am meisten CO₂ ein-

gespart werden könne. Die Tatsache, dass die Studie dieses Engagement mit den Schlagworten «Techno/Science-optimism» oder «Free-market solutionism» schlechtzumachen versuche, ist laut Fantino ein «Hinweis für deren Voreingenommenheit».

Mehr Transparenz zum Schutz der Demokratie

Den Vorwurf von Greenwashing durch die Umbenennung von Erdöl-Vereinigung in Avenergy Suisse weist Fantino zurück: «Die Umbenennung erfolgte im Zuge der Neuausrichtung des Verbands hin zur verstärkten Förderung von alternativen Energien. Es besteht somit keinerlei Diskrepanz zwischen unserer Ausrichtung und unserem Namen beziehungsweise unserem öffentlichen Auftreten.»

Wie sollte die Gesellschaft auf die gemäss der Studie vorhandene Einflussnahme der Industrie reagieren? Für Studienautor Rose besteht ein erster Schritt darin, die Blockademetoden besser zu dokumentieren. «Wir müssen auch die Auswirkungen dieser Strategien auf die Gesellschaft noch besser verstehen.»

Und laut Stocker braucht es mehr Transparenz zum Schutz der Demokratie: «Medien, dem Klimaschutz verpflichtete Parteien und die Wissenschaft müssen besser aufklären über die Präsenz von Avenergy und verbündeten Lobbyorganisationen in politischen Kommissionen, Arbeitsgruppen und Vernehmlassungsverfahren.»